

Grüne Schulsenatorin ist von Hamburgs Bürgern abgewählt

VON KAY E. SATTELMAIR

„Das längere gemeinsame Lernen ist Kern unseres Regierungsprogramms. Daran wird nicht gerüttelt.“ Mit diesem barschen Satz war Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) im Herbst Einwänden kritischer Eltern gegenübergetreten.

Geholfen hat das nichts. Hamburgs Eltern haben die sechsjährige Primarschule mit großer Mehrheit abgewählt. Und damit auch die Senatorin.

Wie deutlich muss der Souverän, müssen die Bürger Hamburgs eigentlich noch werden, damit die Senatorin ihr Scheitern begreift und das tut, was bisher in solchen Situationen in unserer Stadt selbstverständlich war:

ZURÜCKTRETEN.

Christa Goetsch hat das gemeinsame längere Lernen als ihre Herzensangelegenheit bezeichnet. Dabei verdrängt sie aber, dass sie als Schulsenatorin das Wohl

der Bürger – der Eltern und deren Kinder also – und nicht ihr eigenes zu fördern hat.

Das wären zunächst einmal mehr Lehrer, kleinere Klassen, angemessene Schulgebäude und Ganztagschulen für alle gewesen.

Eine Aufgabe, mit der sie und ihre Behörde in dieser Legislaturperiode mehr als ausgelastet gewesen wären. Und mit der sie ihrem angeblich wichtigsten Ziel, für bessere Bildung zu sorgen, sehr nahe hätten kommen können.

Berechtigte Kritik hagelte es auch für Goetschs Versuche, in

elterliche Belange einzugreifen. Nicht Eltern sollten mehr entscheiden dürfen, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken, sondern Lehrerkonferenzen.

Nach massiven Protesten sollte plötzlich ein mehrtägiger Test für die künftigen Sechstklässler Klarheit über den weiteren Schulweg bringen.

Schließlich kündigte die Senatorin ein unübersichtliches 90-Punkte-System an, das die klassischen Noten ersetzen sollte. Auch dieser Plan flog ihr um die Ohren, hochnervös kassierte sie ihn wieder ein.

Wo es Goetsch nicht ins Konzept passte, blieb sie ungenau. Mit 190 Mio. Euro veranschlagte sie die Kosten ihrer Schulreform.

Die oppositionelle SPD, die immer noch über die besten Durchstecher aus der Schulbehörde ver-

fügt, kam über ihren Bildungsexperten Ties Rabe auf 300 Mio. Euro. Goetsch musste sich den Vorwurf gefallen lassen, sie rechne die Kosten schön.

Mittwoch musste sich Hamburgs neuer Bürgermeister in spe, Christoph Ahlhaus, der grünen Basis stellen. Zeigen, wie flexibel er es mit CDU-Grundsätzen hält.

Die kleinere Koalitionspartei maß sich an, der größeren vorzuschreiben, wen sie für den Senat aufstellt. Die GAL selbst will hingegen ihre von den Bürgern abgewählte Schulsenatorin im Amt halten.

Bürgerdemokratie sieht anders aus.